

# Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.  
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 80 A,  
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

Von Carl Legien.

III.

Die Zentralverbände weisen im verflochtenen Jahre nicht nur in bezug auf den Mitgliederbestand und die Finanzen, sondern auch bezüglich der inneren Einrichtungen äußerst bedeutende Fortschritte auf. Die anderen Organisationsgruppen: Hirsch-Dundersche Gewerkvereine, Christliche Gewerkschaften und „unabhängige Vereine“, zeigen gleichfalls eine Vermehrung der Mitglieder und eine Steigerung der Einnahmen, während die lokalen Vereine und die unabhängigen christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben.

Für die lokalen Vereine fehlt es an genauen Angaben über den Stand der Organisation. Nach der Schätzung der Vorstände der Zentralverbände waren 1906 Mitglieder lokaler Vereine vorhanden in folgenden Berufen: Maurer 3000, Zimmerer 3000, Handels- und Transportarbeiter 1600, Bauhilfsarbeiter 1500, Steinarbeiter 1000, Töpfer 700, Kürschner 500, Hafendarbeiter 350, Gemeindearbeiter 315, Böttcher 300, Zivilmusiker 300, Textilarbeiter 200, Maler 150, Hotelbediener 110, Barbier 50, Stukkateure 40, Tapezierer 30, zusammen 13 145 gegenüber 27 736 im Jahre 1905. Durch den Anschluß des Verbandes der Berliner Hausdiener an den Verband der Handels- und Transportarbeiter ist die Zahl der Mitglieder lokaler Vereine in diesem Berufe von 12 000 im Jahre 1905 auf 1600 im Jahre 1906 zurückgegangen. In der Metallindustrie waren für 1905 4200 Mitglieder angegeben, während für 1906 keine Angabe gemacht ist. Es läßt sich bei den unsicheren und wechselnden Angaben bezüglich dieser Organisationen nicht sagen, ob, abgesehen von dem Verfall der Handels- und Transportarbeiter, tatsächlich ein Verlust von Mitgliedern in dieser Organisationsgruppe eingetreten ist. Auch über die Finanzen dieser Vereinigungen und über ihr gewerkschaftliches Wirken läßt sich nichts berichten. Sie kommen für die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands nicht mehr in Betracht, weil ihre Mitglieder fast ausnahmslos in Berlin und seinen Vororten wohnen. Hier sind die Zentralverbände zum Teil noch genötigt, diese Organisationen bei Lohnbewegungen zu berücksichtigen, weil das Interesse an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen höher stehen muß als der Streit um die Organisationsform. Im übrigen Deutschland hört man von den lokalen Vereinen, die angeblich die schärfere Form des Gewerkschaftskampfes anwenden, nichts. In der Statistik findet diese Organisationsgruppe nur Erwähnung, weil das Bestreben vorliegt, eine Uebersicht über alle Vereinigungen zu geben, die als gewerkschaftliche bezeichnet werden können.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine hatten 1906 in 2146 Ortsgruppen 118 508 Mitglieder gegenüber 117 097 im Jahre 1905, mithin 1906 eine Zunahme von nur 1411. Die Jahreseinnahme betrug M. 1 404 074, die Ausgabe M. 1 344 277. Der „Gewerkverein“, das Organ der Hirsch-Dunderschen, gibt die Ausgabe mit M. 1 400 132 an, doch sind hier fälschlicherweise die angelegten Gelder im Betrage von M. 56 955 eingerechnet. Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben, nach Richtigstellung einiger Rechenfehler, die in der Veröffentlichung des „Gewerkvereins“ enthalten sind, folgend: Verbandsorgan M. 135 522, Agitation M. 171 704, Aussperrungen und Streiks M. 442 262, Rechtsschutz M. 15 984, Reise-, Umzugs- und Notfallunterstützung M. 70 480, Arbeitslosenunterstützung M. 136 043, Bildungsförderung M. 14 551, Ortsverbands- und Verbandssteuern M. 50 865, Insertion und Druckfachen M. 56 852 und Verwaltungskosten

M. 250 014. An Kassenbestand verblieben am Jahres- schluß in der Gewerkevereinskasse M. 1 318 413, in Kranken- und Begräbniskassen M. 1 372 351, in Begräbniskassen M. 935 316, zusammen M. 3 626 082.

Abgesehen von den Gewerkevereinen der Maschinenbauer, Kaufleute und Fabrikarbeiter kommen die einzelnen Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl kaum in Betracht. Es hatten Mitglieder: Maschinenbauer 48 199, Kaufleute 18 623, Fabrikarbeiter 17 133, Tischler 6994, Textilarbeiter 6299, Schuhmacher 5300, Schneider 4050, Bergarbeiter 2509, Tabakarbeiter 1900, Graphische Berufe 1899, Töpfer 1774, Bauhandwerker 1222, Frauen und Mädchen 792, Bildhauer 451, Brauer-Berlin 445, Konditoren 298, Schiffszimmerer 251, Brauer-Hamburg 188, Kellner 84, Brauer-Stettin 50, Reppschläger 47.

Die dem Gesamtverband angehörenden christlichen Gewerkschaften hatten 1906 in 3048 Ortsgruppen 247 116 Mitglieder gegen 188 106 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von 59 010. Unter den Mitgliedern befinden sich 21 646 weibliche. Die Jahreseinnahme dieser Gewerkschaften betrug M. 3 378 833, die Ausgabe M. 2 709 260, der Kassenbestand am Jahres- schluß M. 2 370 782. Im einzelnen wurden verausgabt für: Verbandsorgan M. 275 260, Agitation M. 262 787, Streik- und Gemafregelunterstützung M. 853 435, Rechtsschutz M. 61 233, Reise- und Arbeitslosenunterstützung M. 34 464, Krankenunterstützung M. 265 485, Sterbegeld M. 136 994, sonstige Unterstützung M. 12 494, Bildungsförderung M. 15 208, Beitrag an den Gesamtverband M. 35 470, Gehälter M. 76 631 und an Verwaltungskosten M. 124 977.

Von den einzelnen Verbänden, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1906 Mitglieder: Bergarbeiter 73 542, Bauhandwerker 36 459, Textilarbeiter 34 581, Metallarbeiter 24 744, Bayerische Eisenbahner 22 155, Hilfs- und Transportarbeiter 13 023, Holzarbeiter 10 222, Keramarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6437, Gelmarbeiterinnen 3600, Schuh- und Lederarbeiter 3250, Schneider 3124, Buchdrucker (Gutenbergbund) 2714, Maler und Anstreicher 2577, Graphisches Gewerbe 1050, Bayerische Salknarbeiter 823, Krankenpfleger 642, Gärtner 670, Bäcker 472.

Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften, d. h. die dem Gesamtverband nicht angeschlossenen, aber als „christlich“ gelten wollenden Organisationen, hatten 1906 in 724 Ortsgruppen 73 132 Mitglieder, die sich auf folgende Verbände verteilen: Deutsche Eisenbahnhandwerker 35 091, Verein zur gegenseitigen Hilfe (Oberschlesien) 10 000, Bayerisches Postpersonal 9439, Babilische Eisenbahner 8700, Württembergische Eisenbahner 7345, Württembergisches Postpersonal 2557.

Diese Organisationen hatten eine Jahreseinnahme von M. 266 032, eine Ausgabe von M. 268 473 und am Jahres- schluß einen Kassenbestand von M. 235 162. Ueber die Ausgaben im einzelnen ist in der Statistik der christlichen Gewerkschaften nichts berichtet.

Die Angaben über die „unabhängigen Vereine“, das sind die Organisationen, die gewerkschaftlichen Charakter haben, aber keiner Landeszentrale angehören, sind sehr wechselnd, weil sie größtenteils nicht von diesen Organisationen selbst gemacht sind, sondern von den Vorständen der Zentralverbände. Die Mitgliederzahlen lassen sich von einem Jahr zum anderen schwer vergleichen, weil vielfach von den Vorständen der Zentralverbände über diese Vereinigungen nichts berichtet wird. So berichtet der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, daß 1906 in solchen Vereinen 10 000 Mitglieder vorhanden waren, während er für 1905 keine Angaben gemacht hat. Infolgedessen erhöhte sich die Gesamtmitgliederzahl dieser Vereine von 65 262 im Jahre 1905 auf 73 544 im Jahre 1906, obgleich 4 Organisationen im letzten Jahre sich den Landeszentralen angeschlossen haben und deshalb aus

dieser Gruppe ausgeschieden sind. Die Verbände der Hotelbediener mit 2393 Mitgliedern, der Photographen mit 716 und der Kypographen mit 483 Mitgliedern haben sich der Generalkommission angeschlossen. Der „Gutenbergbund“, eine während des Streiks der Buchdrucker 1892 von Streikbrechern gegründete Organisation, die 2300 Mitglieder zählte, hat sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Es waren 1906 in 24 Berufen solche „unabhängigen“ Organisationen vorhanden. Die meisten dieser sind lokale Vereine. Verbände, die in dieser Gruppe gezählt sind, hatten die Brauer, Bureauangestellten, süddeutschen Eisenbahner, Gastwirtsgehülfsen, Graveure der Stoffdruckindustrie, Konditoren, Lithographen, Maschinisten, Textilarbeiter, Zeichner und Zivilberufsmusiker. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich die Mitglieder der „unabhängigen“ Vereine folgend: Gastwirtsgehülfsen 19 000, Zivilberufsmusiker 12 000, Bergarbeiter 10 000, Eisenbahner (Süddeutsche) 9153, Handelshilfsarbeiter 5500, Maschinisten (Sächsischer Verband) 5000, Bureauangestellte 4000, Brauer 2000, Gemeindearbeiter 1770, Zeichner 911, Bäcker 900, Konditoren 600, Lithographen 600, Graveure der Stoffdruckindustrie 500, Porzellanarbeiter 350, Textilarbeiter (Rheinischer Verband) 300, Buchdruckerhilfsarbeiter 200, Dachbeder 200, Photographen 150, Buchbinder 120, Hotelbediener 110, Zigarrensortierer 80, Asphaltreue 50, Sattler 50.

Neben diesen sechs Organisationsgruppen, über die vorstehend nähere Angaben gemacht sind, bestehen noch zahlreiche Vereine mit vielen Tausenden Mitgliedern, die zwar als Berufsvereine, nicht aber als Gewerkschaften gelten können. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich auch, von ihrer Aufzählung und der Hinzurechnung ihrer Mitgliederzahl zu der der Vereinigungen, die einen gewerkschaftlichen Charakter haben, abzusehen. Es können, wenn ein Gesamtbild der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland gegeben werden soll, nur die sechs Gruppen in Betracht gezogen werden. Diese hatten 1906 insgesamt 2 215 165 Mitglieder gegenüber 1 819 930 im Jahre 1905, somit eine Mitgliederzunahme von 395 224. Von dieser entfallen auf die Zentralverbände 344 906, auf die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine 1411, auf die christlichen Gewerkschaften 59 010 und die „unabhängigen Vereine“ 8282. Es nahmen gegenüber 1905 an Mitgliedern zu die Zentralverbände um 25,6 pSt., die christlichen Gewerkschaften um 20,8 pSt. und die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine um 1,2 pSt.

An Einnahmen hatten die letzteren drei Organisationen, einschließlich der unabhängigen christlichen Gewerkschaften, im Jahre 1906 M. 46 651 878, an Ausgabe M. 41 285 423 und an Kassenbestand am Jahres- schluß M. 31 544 660 einschließlich der Kassenbestände der Kranken- und Begräbniskassen der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine. Der größte Teil dieser Summen entfällt, wie vorstehend nachgewiesen, auf die Zentralverbände, neben deren Einnahmen und Ausgaben die der christlichen Gewerkschaften und die der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine sich unbedeutend ausnehmen. Der größte Fortschritt, welchen die Zentralverbände gegenüber den anderen Organisationsgruppen aufweisen, ist aber nicht nur für das Jahr 1906 zu verzeichnen, sondern ist während der ganzen Jahre, für welche sich Vergleiche anstellen lassen, vorhanden gewesen. Der Bestand der Organisationen im Jahre 1906 verglichen mit dem von 1900 zeigt dies deutlich. Es hatten 1900 an Mitgliedern: die Zentralverbände 680 427, die christlichen Gewerkschaften 159 770, die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine 91 661. Es nahmen bis zum Jahre 1906 an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 1 009 282 = 148,33 pSt., die christlichen Gewerkschaften um 160 478 = 100,44 pSt. und die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine um 26 847 = 29,29 pSt.

Der Abstand der letzteren beiden Organisationsgruppen von den Zentralverbänden ist so bedeutend, daß man wohl nicht irre geht, wenn man behauptet, daß nicht den christlichen Gewerkschaften, am allerwenigsten aber den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften die Zukunft gehört. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben sich, scheint es, mit dieser Tatsache abgefunden. Sie geben ihren Jahresbericht ohne Rückblick auf die Vergangenheit, ohne Ausblick für die Zukunft. Die christlichen Gewerkschaften aber stellen alljährlich in ihrem Bericht Kalkulationen darüber auf, wie die Zukunft dieser Organisationen sich gestalten wird und warum die „Christen“ mit ihren Gewerkschaften nicht die gleichen Erfolge zu verzeichnen haben wie die Zentralverbände.

In dem Jahresbericht des Gesamtverbandes wird die Zukunft der christlichen Gewerkschaften also geschildert:

„Wir haben uns noch nie der Illusion hingegeben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer äußeren Entwicklung durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht oder übertroffen werden könne. Dafür fehlen noch die äußeren Vorbedingungen (Umfang und Alter der Organisationen, Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation). Hält die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre an, werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften bald 2 1/2 Millionen, die christlichen dagegen zirka 500 000 Mitglieder zählen. Und diese halbe Million bildet dann den Regulator sowohl gegenüber scharfmacherischen Plänen wie auch zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der sozialdemokratischen Bewegung.“

Die „Christen“ sind wenigstens so lebenswürdig, zu bemerken, daß die christlichen Gewerkschaften die Zentralverbände nicht in nächster Zeit erreichen oder übertreffen werden. Für die spätere Zeit steht somit, glücklicherweise nur nach Meinung der Führer der christlichen Gewerkschaften, den Zentralverbänden dieses fürchterliche Schicksal bevor. Wenn die Mitgliederentwicklung so anhält, wie in den letzten Jahren, dann sollen die christlichen Gewerkschaften bald 500 000 Mitglieder zählen. Das wird wohl nicht ganz zutreffen. Daß die christlichen Gewerkschaften wohl 500 000 Mitglieder bekommen werden, kann schon stimmen; denn bei dem ungeheueren Menschenmaterial, das heute noch im Banne der katholischen Kirche mit all seinen unheilvollen Folgen steht, spielen 200 000, die wenigstens für den Organisationsgedanken, wenn auch nur dem der „Christen“ gewonnen werden, keine sehr große Rolle. Aber wenn sie gewonnen werden sollen, dann darf die Mitgliederzunahme nicht so anhalten, wie in den letzten Jahren. Im Jahre 1905 nahmen nämlich die christlichen Gewerkschaften um 57 548 Mitglieder oder 27,7 pSt., im Jahre 1906 aber nur um 55 216 oder 20,8 pSt. zu. Bleibt die Zunahme in dieser Weise, dann hat es mit den 500 000 christlichen Gewerkschaftsmitgliedern noch gute Wege.

Aber die Führer der christlichen Gewerkschaften wissen stets neue Gründe für die geringere Werbekraft ihrer Gewerkschaften gegenüber den Zentralverbänden anzugeben. Im Jahre 1905 war es der „Terrorismus“, den die Mitglieder der Zentralverbände gegenüber den christlichen Gewerkschaftsmitgliedern ausübten. Nachdem in unserem letzten Jahresbericht gezeigt war, wie es mit diesem „Terrorismus“ steht, scheint man diesen Grund nicht mehr als stichhaltig genug anzusehen. Deswegen ist dieses Mal ein anderer ins Treffen geführt. „Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation“, das ist es, worin die christlichen Gewerkschaften den Zentralverbänden angeblich nachstehen. Der Mangel an Kräften wird aber in dem Jahresbericht in folgender Weise noch besonders betont. „Infolge der günstigen Mitgliederentwicklung ist die Zahl der Angestellten der christlichen Gewerkschaften schon bereits auf über 200 angewachsen. Im Vergleich zur sozialdemokratischen Bewegung ist diese Zahl allerdings noch gering. Dort verfügt der Metallarbeiterverband allein über 274 Angestellte, es folgen dann die Maurer mit annähernd 200, die Handels- und Transportarbeiter 80, Buchdrucker 43, Bäcker 35 usw. Allein in Rheinland und Westfalen, wo die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Verbände die der christlichen Organisationen nicht sehr viel übertrifft, haben erstere mehr Beamten angestellt als die der christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland.“

Wie steht es nun mit diesem Mangel an Kräften in Wahrheit. Die christlichen Gewerkschaften hatten nach ihrer Angabe über 200 Beamte. Wieviel es über 200 sind, verschweigt der Bericht vorsichtigerweise. Dies zu wissen, würde jedoch für einen Vergleich mit den Zentralverbänden von großer Bedeutung sein. Nehmen wir nur die 200 Beamten der christlichen Gewerkschaften als Grundlage für die Berechnung, so ergibt sich, daß bei 320 248 Mitgliedern auf je 10 000 Mitglieder

8,09 Beamte kommen. Die Zentralverbände haben 1371 Beamte, und zwar 227 bei den Zentralstellen, 54 in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, 300 als Gauleiter und 790 in den Zweigvereinen. Von den letzteren sind viele nur zum Teil besoldet, so daß sie eigentlich in die Berechnung nicht mit einbezogen werden dürfen. Aber nehmen wir die volle Zahl, so kommen bei den 1 689 709 Mitgliedern der Zentralverbände auf je 10 000 Mitglieder 8,1 Beamte. Die „Christlichen“ stehen somit prozentual den Zentralverbänden in bezug auf die Zahl der angestellten Beamten nicht nur gleich, sondern übertreffen sie, weil sie „über 200“ Beamte zur Verfügung haben. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die christlichen Gewerkschaften sich hauptsächlich in Rheinland und Westfalen konzentrieren, während die Zentralverbände in allen Teilen Deutschlands ihre Mitglieder haben. Der Grund ist also nicht stichhaltig, wie auch der, daß den christlichen Gewerkschaften nicht genügend Mittel zur Agitation zur Verfügung stehen. Die „Christlichen“ verausgabten 1906 für Agitation M. 262 787, das ist pro Kopf der Mitglieder M. 1,06. Die Zentralverbände verausgabten für Agitation M. 1 820 753, das ist pro Kopf der Mitglieder M. 1,08. Die zwei Pfennige, die bei den Zentralverbänden pro Kopf der Mitglieder mehr verausgabte wurden als bei den Christlichen, werden keine so große Rolle spielen; denn diesen steht doch das „Vertrauen auf Gott und die Hilfe der Kirche“ zur Seite, während die Zentralverbände mit allen irdischen Mächten zu kämpfen haben und gegen sie vielfach von der Kanzel und im Reichstuhle die Hilfe Gottes angerufen wird, was bei Menschen, die in dem Priester den Vertreter ihres Gottes sehen, nie ohne Wirkung bleibt. Es müssen somit andere Gründe vorliegen, welche es herbeiführen, daß die christlichen Gewerkschaften weniger Werbekraft haben als die Zentralverbände; denn die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben pro Kopf der Mitglieder M. 1,45 für Agitation ausgegeben und doch 1906 nur 1411 oder 1,2 pSt. Mitglieder gewonnen.

Der Grund ist auch nicht in der Zahl der Beamten und der Ausgabe für Agitation zu suchen, sondern darin, daß der Arbeiterschaft immer mehr bewußt wird, daß die Zentralverbände wirklich ernsthafte Gewerkschaftspolitik treiben, die nicht nach den Wünschen bürgerlicher Parteien und nicht mit Rücksicht auf das Unternehmertum eingerichtet, sondern einzig und allein von dem Wohle der Arbeiterklasse abhängig gemacht wird. Dann aber üben die Zentralverbände auch eine größere Anziehungskraft aus, weil ihre Unterstützungseinrichtungen weit besser sind, als bei den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, und die Ausgaben, welche diese pro Kopf ihrer Mitglieder für Unterstützungen haben, weit hinter denen der Zentralverbände zurückbleiben.

Es verausgabten für Rechtsschutz und Unterstützungen mit Ausnahme der Krankenunterstützung und der Beihilfe in Sterbefällen pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände M. 2,79, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M. 2,36, die christlichen Gewerkschaften M. 0,92; 1906 die Zentralverbände M. 2,88, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M. 1,88 und die christlichen Gewerkschaften nur M. 0,44. Für Streiks und Aussperrungen zahlten pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände M. 7,55, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M. 2,45 und die christlichen Gewerkschaften M. 5,32; 1906 die Zentralverbände M. 8,61, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M. 3,73 und die christlichen Gewerkschaften M. 3,45. Nicht nur in bezug auf die allgemeinen Unterstützungen, sondern selbst bei der Ausgabe für Streiks blieben die christlichen Gewerkschaften noch hinter den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zurück. Um den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschwächen, sind die christlichen Gewerkschaften gegründet worden, und nun kommen sie in bezug auf Unterstützungen über jammervolle Leistungen nicht hinaus. Denn ebenso wie mit den Unterstützungen im allgemeinen und dem Rechtsschutz steht es mit der wichtigsten Unterstützung, der für Arbeitslose. Es zahlten 1905 Arbeitslosenunterstützung 41 Verbände mit 866 000 Mitgliedern M. 1 991 924, 16 Hirsch-Dundersche Gewerkschaften mit 115 717 Mitgliedern M. 193 746 und 12 christliche Gewerkschaften mit 120 615 Mitgliedern, einschließlich Reiseunterstützung, M. 13 571; 1906 43 Zentralverbände mit 1 138 738 Mitgliedern M. 2 653 296, 16 Hirsch-Dundersche Gewerkschaften mit 116 239 Mitgliedern M. 136 043 und 11 christliche Gewerkschaften mit 135 333 Mitgliedern, einschließlich Reiseunterstützung, M. 34 464. Das machte pro Kopf der Mitglieder dieser Organisationen 1905 bei den Zentralverbänden M. 2,30, bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften M. 1,67, bei den christlichen Gewerkschaften, einschließlich der Reiseunterstützung, M. 0,11; 1906 bei den Zentralverbänden M. 2,33, bei den Hirsch-Dunderschen Gewerks-

chaften, einschließlich der Reiseunterstützung, M. 0,25.

Weil die christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften die Zentralverbände wegen ihres Kampfcharakters schmähen und selbst genötigt sind, Kämpfe führen zu müssen, und weil sie in bezug auf die Unterstützungseinrichtungen weit hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, deswegen finden sie bei vernünftig denkenden Arbeitern keinen Anklang. Die Zentralverbände haben ihr Unterstützungswesen zwar auch erst in dem letzten Jahrzehnt ausgebaut, aber nicht, weil sie solches nicht wollten, kamen sie so spät dazu, sondern, weil sie der ständigen Gefahr ausgeföhrt waren, die von ihnen getroffenen Einrichtungen durch polizeiliche Eingriffe wieder vernichtet zu sehen. Unter dem Sozialistengesetz wäre es töricht gewesen, die für die Unterstützungseinrichtungen nötigen Fonds anzusammeln; denn jeden Tag konnte die Auflösung eines Verbandes und die Beschlagnahme der Kasse erfolgen. Auch in den ersten Jahren nach Aufhebung dieses Gesetzes war man keinesfalls vor einem solchen Eingriff sicher. Dann führten die Gewerkschaften jahrelang den Kampf gegen die Behörden, die versuchten, die Gewerkschaften, welche Unterstützungen zahlten, als Versicherungsanstalten nicht nur unter Polizeiaufsicht zu stellen, sondern ihnen dann auch die Höhe der Beiträge vorzuschreiben, die nach versicherungstechnischen Berechnungen für die Unterstützungen notwendig sein sollten und die schließlich auch die Existenz der Organisation von der Genehmigung der Ministerien der Einzelstaaten abhängig machen. Erst mit der Aufhebung des Verbindungsverbotens für politische Vereine und dem Gesetz über die Privatversicherung erhielten die Gewerkschaften einigermaßen Sicherheit und konnten an dem inneren Ausbau arbeiten und die Unterstützungseinrichtungen vervollkommen. Das Verbindungsverbot fiel, weil die sozialdemokratische Fraktion eine Bestimmung über seine Aufhebung in das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch hineinzubringen wußte, die dann im Plenum des Reichstages gestrichen wurde, nachdem der Reichskanzler das Versprechen gegeben hatte, daß das Verbot bis zum Jahre 1900 durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten aufgehoben werden würde. Als dies nicht geschah, erfolgte die Aufhebung durch Reichsgesetz. In das Gesetz über die Privatversicherungen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Bestimmung hineingebracht, daß Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, nicht unter das Gesetz fallen. Diese beiden für die Gewerkschaften so überaus wichtigen Bestimmungen danken die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei, und da sollten sie in dieser Partei nicht ihre politische Vertretung sehen? Töricht ist es von den Arbeitern, die sich anderen Organisationen anschließen, weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihnen als sozialdemokratische Organisationen geschildert werden; denn gerade der Sozialdemokratie danken die Gewerkschaften wichtige Gesetzesbestimmungen, die ihnen den Weg für die Entwicklung freigemacht haben, den sie in den letzten Jahren genommen. Der Zuwachs, den die Zentralverbände auch für 1906 wieder aufzuweisen haben und der um 24 000 Mitglieder größer ist als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, läßt erkennen, daß die Arbeitermassen der Belehrung nicht unzugänglich sind und daß die Arbeiter immer mehr einsehen, daß man sie nur von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten sucht, wenn man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen verschreit. Dieses Vertrauen auf die Arbeiterschaft und auf die Zukunft der Gewerkschaften wird hoffentlich der Bericht für 1907 aufs neue stärken und kräftigen.

### Eine Rede Wilhelms II. beim Mittagmahl.

Th. Berlin, den 8. Sept. 1907.

Die Kaiserreden fließen nicht mehr so häufig wie früher; wenigstens erfährt die Welt nicht mehr so oft von ihnen. Als und zu nur wird eine neue Rede Wilhelms II. bekannt, und seit Bülows die Zensur der kaiserlichen Reden vor ihrer Veröffentlichung eingeführt hat, erfährt die Welt nie mehr den wirklichen Wortlaut, sondern nur das, was Bülow für zulässig und zweckmäßig hält. Alle Reden werden seit mehreren Jahren „frisiert“.

Das ist nicht immer leicht. Dem Wortlaut der Reden Wilhelms II. soll nicht allzu große Gewalt angetan und doch soll alles ausgemerzt werden, was nach außen zu Unstimmigkeiten führen könnte. Ein besonders schweres Stück Arbeit scheint die Zurechtweisung der Rede gewesen zu sein, die Wilhelm II. am letzten Augusttage bei einem Brunnmahl gehalten hat, das ihm im Landesmuseum in Münster gegeben worden ist. Länger als einen Tag hat es gedauert, ehe die Veröffentlichung der frisierten Rede erfolgt ist. Und auch in dem geglätteten Zu-

stunde enthält sie noch Wendungen, die im Auslande Kritikern wachgerufen haben, vor deren Abdruck das deutsche Volk durch den Paragraphen über Majestätsbeleidigungen bewahrt bleibt.

Wilhelm II. möchte eine Einigung aller seiner „Untertanen“. Letzteres Wort wendet der Kaiser mit Vorliebe an, obwohl es staatsrechtlich diesen Begriff seit über 50 Jahren nicht mehr gibt und an Stelle des „Untertanen“ der Staatsbürger getreten ist. Wilhelm II. glaubt, wie in Westfalen, so müsse es überall möglich sein, die geschichtlichen, religiösen und wirtschaftlichen Gegensätze zu versöhnen in der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterlande und in der Zugehörigkeit zum Hohenzollernhause. Daß in Westfalen die konfessionellen und wirtschaftlichen Gegensätze versöhnt sind, müßte erst noch bewiesen werden. Die lebhafteste Streikbewegung läßt nicht darauf schließen. Nachdem dann Wilhelm II. ausgeführt hatte, daß seinem landesväterlichen Herzen die „Untertanen“ aller Glaubensbekenntnisse gleich nahe ständen, bezeichnete er die Religion als das einzige Mittel, die gewünschte Einigung herbeizuführen. Wie er seinerzeit erklärt hat, nur ein guter Christ könne ein guter Soldat sein, so meinte er diesmal, nur ein guter Christ könne ein guter Staatsbürger sein. Man habe ihm oft wehe getan, aber er denke immer daran, daß auch diese Menschen „Träger einer Seele aus den lichten Höhen sind“, und wer so denke, werde seine Mitmenschen mild beurteilen. — Nach dieser Beurteilungsweise sieht hoffentlich zu erwarten, daß nun der Majestätsbeleidigungs-Paragraph entweder ganz aufgehoben wird, wie die Sozialdemokratie seit langen Jahren fordert, oder daß er wenigstens ins alte Eisen geworfen und nicht mehr angewendet wird, wie es in England, Frankreich, Italien und den nordischen Staaten schon längst der Fall ist, und zwar nicht mit Rücksicht auf die „Träger einer Seele aus lichten Höhen“, sondern als einfaches Zugeständnis an den Geist der Zeit.

Im Mittelpunkt des Strebens nach Einigung, so rebete Wilhelm II. weiter, müsse die Person unseres Erblens stehen. Wenn in diesem Geiste sich Bürger, Bauer und Arbeiter zusammenschließen, dann werde unser deutsches Volk der Granitblock sein, auf dem unser Herrgott seine Kulturwerke an der Welt weiter aufbauen und vollenden könne. Dann werde sich das Dichtervort erfüllen, welches sagt: An deutschem Wesen wird einmal die Welt genesen. — Es ist nicht zum ersten Male, daß Wilhelm II. dem deutschen Volke eine besondere Rolle in der himmlischen Vorsehung, an die er fest glaubt, zuweist. Aber wie die früheren, so wird auch die neueste Auslassung dieser Art keinen besonderen Eindruck hinterlassen. Viel zu groß ist schon der Teil des Volkes, der mit dem Glauben an ein deraartiges himmlisches Regiment gebrochen hat. Der Dichter, von welchem das Wort herrührt, an deutschem Wesen werde einmal noch die Welt genesen, ist Emanuel Geibel, der von 1815—1884 lebte, niemals den Pastorensohn verleugnete und über den engen Rahmen des preußischen Hofpoeten und patriotischen Schlachten-dichters eigentlich nie hinausgewachsen ist. In seinen Heroldsrufen, die noch von der Feindschaft gegen Frankreich und das Papsttum getragen waren, schrieb Geibel über Deutschlands Beruf, wenn die deutschen Stämme sich geeinigt haben würden zu einem Kaiserreich freier Bürger, dann werde die Menschheit vom deutschen Wesen das Beste empfangen:

Dann nicht mehr zum Weltgesehe  
Wird die Laun' am Seinestrom,  
Dann vergeblich seine Nege  
Wirft der Fischer aus in Rom.  
Länger nicht mit seinen Forden  
Schreckt uns der Koloß im Norden.

Macht und Freiheit, Recht und Sitte,  
Klarer Geist und scharfer Hieb  
Rügeln dann aus starker Mitte  
Jeder Selbstsucht milden Trieb.  
Und es mag am deutschen Wesen  
Einmal noch die Welt genesen.

Jenun: die deutschen Stämme sind seit reichlich einem Menschenalter geeinigt. Wir haben auch ein Kaiserreich, freilich kein solches „freier Bürger“. Aber die Welt denkt nicht daran, sich „nach deutschem Wesen“ kurieren zu lassen. Im Gegenteil meinen die Verstoßenen, außer Rußland gebe es zur Zeit kein Land in Europa, das politisch so rückständig sei, kein Land, in dem Junkertum, Mäderei, Polizeiwillkür und Bureaokratismus so sehr jedes freie Leben ersticken wie gerade Deutschland. Es müßte in Deutschland gewaltig anders werden, wenn die Welt Neigung verspüren sollte, am deutschen Wesen zu genesen. — Und wenn Wilhelm II. auf das Christentum so große Hoffnungen setzt als dem einzigen Mittel, eine Versöhnung und innere Einigung der verschiedenen Volksklassen herbeizuführen, so mag an die Worte erinnert sein, die Graf Tolstoi unlängst zu einem Besucher äußerte. Er sagte:

„Vielleicht wäre es besser für uns, jedenfalls aber natürlicher, wenn wir das Christentum gar nicht kennen würden. Dann würden wir auch kein besseres Leben kennen, keine Forderungen der höheren Moral. Unser Leben wäre dann nicht so voll schrecklicher, erschütternder Widersprüche. . . Von außen Laç und Politur hoher Lehren und heiligen Glaubens und im Innern Gemeinheit und heidnische Zerfetzung, ein Faulen der Seele. Dabei versichern wir stolz und dünnelhaft, oft mit Kanonen und Maschinengewehren, vor aller Welt, daß wir Christen

sind und an Christus glauben, während in Wirklichkeit in der Familie, in den Schulen, im Staate düsteres Heidentum, Mord, Hinrichtung und Verfolgung herrschen. Der Himmel erhebt unter dem Stöhnen der leidenden Menschheit. Das ist die Tragödie unseres Lebens.“

Das Bild des russischen Grafen trifft zu. Das Christentum ist bereits seit länger als einem Jahrtausend die in Europa herrschende Religion, aber es hat in dieser langen Zeit nicht vermocht, die Menschheit innerlich zu reinigen und äußerlich zu einigen. Und so oft neue Propheten aufgestanden sind, welche sagten, das bestehende Christentum wäre nicht das richtige, sie wollten das richtige lehren, dann würden auch die erhofften Folgen eintreten, ebenso oft hat sich auch diese Hoffnung als trügerisch erwiesen.

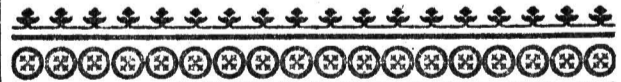
Mit der Religion kommt die Welt überhaupt nicht weiter. Sie ist weder Schuld an der Trennung in Klassen, noch hat sie die Kraft, die Klassenherrschaft zu beseitigen. Auf wirtschaftlichem Gebiete liegt die Quelle der Leiden, und wenn man der Religion oder den Konfessionen einen Vorwurf machen will, so ist es nur der, daß sie nicht zur Ausgleichung, also zur Beseitigung der Klassegegensätze, beigetragen hat, sondern zu ihrer Verschärfung, günstigstenfalls zu ihrer Verkleisterung. Erzeugt hat die Kirche die wirtschaftlichen Gegensätze nicht. Wilhelm II. ist auch in irriger Auffassung befangen, wenn er meint, die Menschen bräuchten nur das nötige Maß von Milde und Liebe zu besitzen, so sei die Einigung vollzogen. Diese Milde und Liebe kann eben nicht Platz greifen, solange der Kapitalismus, der sich auf Heer und Polizei stützt, so fürchtbares Massenelend erzeugt und der Staat zu dem wirtschaftlichen Glend der Massen noch ihre politische Entrechtung fügt. — Nur ein Mittel gibt es, das Volk zu einigen und zu kräftigen, das ist der Sturz des Kapitalismus und der Sieg des Sozialismus. Aber davon will Wilhelm II. nichts wissen.

### Notizen und Glossen.

Mit der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ müssen wir uns, wenn auch ungern, noch einmal befassen. In ihrer Nr. 36 tritt sie nämlich für die von ihr in der Nr. 34 aufgestellten, von uns schon zur Genüge charakterisierten Behauptung, die Berliner Zimmerer hätten durch Verletzung der Solidaritätspflicht die Ausdehnung des Akkordmauerns verschuldet, den „Beweis“ an. Nachdem sie zunächst ihrem Bedauern Ausdruck gibt, daß wir ihr nicht sachlich widerlegt haben, eröffnet sie zur Bekräftigung ihrer Behauptung folgendes Rechenexempel:

Es arbeiteten nach Zusammenstellungen am 27. Juli und am 8. und 10. August zu den neuen Bedingungen insgesamt 5063 Zimmerer und 7412 Maurer. In normalen Zeiten nun ist das Verhältnis der Zimmerer zu den Maurern wie 1 zu 4. Aber die „Westdeutsche“ macht es gnädig mit uns, sie nimmt das günstigste Verhältnis an: 1 zu 3. Danach wären also bei 7412 beschäftigten Maurern 2472 Zimmerer erforderlich gewesen. In Wirklichkeit aber arbeiteten 5063 Zimmerer zu den neuen Bedingungen, also 2591 mehr als unter normalen Verhältnissen. Diese 2591 müssen demnach, so folgert der Rechenkünstler in der „Westdeutschen“, für die Arbeitswilligen und Akkordmänner Balkenlager gelegt haben; das ist der Weisheit letzter Schluß.

D heilige Einfalt! Vor so „wichtigen Beweisen“ müssen wir allerdings die Segel streichen; jedes Wort könnte nur ihre Wirkung abschwächen. Diese Art Beweisführung ist natürlich keine Spitzbubentaktik. Auf die am Schlusse der Notiz gegen uns gerichteten Ausfälle zu erwidern, verspüren wir nicht im geringsten Neigung. Mit einem Organ zu polemisieren, das in so leichtfertiger Weise Beschuldigungen erhebt und eine so „überzeugende“ Beweisführung beliebt, erscheint uns auch vollkommen wertlos.



## Internationale Nachrichten.

Der Verband der Zimmerer Oesterreichs hatte im ersten Halbjahr 1907 zahlreiche Lohnbewegungen zu führen. Ueber ihren Verlauf informiert uns ein Artikel in No. 17 unseres österreichischen Bruderorgans, „Der Zimmerer“, dem wir folgendes entnehmen:

„In 56 Orten wurden Forderungen überreicht. Dieselben verteilen sich auf die Länder: Böhmen 19, Niederösterreich 19, Mähren 4, Oberösterreich 5, Steiermark 7, Salzburg 1, Kärnten 1. Auf Grund der Forderungen wurden in 40 Orten Verträge mit den Unternehmern abgeschlossen, in den übrigen 16 Orten waren bis zum 30. Juni, bis zu welchem Tage unser Bericht gilt, entweder die Verhandlungen noch in Schwebelage oder es wurde eine günstigere Zeit abgewartet.“

Die Verträge wurden abgeschlossen in: Böhmen 17, Mähren 5, Steiermark 6, Salzburg 1, Kärnten 1, Niederösterreich 10.

Durch die Lohnverträge wurde die Lage der Zimmerer um ein bedeutendes verbessert.

Lohnerhöhungen wurden in 40 Orten durchgesetzt, und zwar:

Lohn- erhöhung pro Tag h	In Orten	Für Zimmerer
22	1	60
30	1	450
40	14	850
44	1	450
48	3	800
50	2	415
60	7	388
68	1	60
80	8	1095
90	1	170
100	1	40

Die durchschnittliche Lohnerhöhung pro Tag beträgt 55,8 h.

Es wurde also für 4778 Zimmerer der Lohn um K 2642,23 pro Tag erhöht. Das Jahr zu 200 Arbeitstagen gerechnet, ergibt dies einen Mehrverdienst für die Betroffenen von K 528 446. Für den einzelnen der Beteiligten macht der jährliche durchschnittliche Mehrverdienst bei 200 Arbeitstagen K 110,60.

In 25 Orten wurde eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erreicht, und zwar:

Minuten	In Orten	Für Zimmerer
10	1	170
30	15	1534
40	2	70
45	5	410
55	1	50
60	1	85

Die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung beträgt 35 Minuten.

Für 2279 Zimmerer ist dies eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1329 Stunden täglich.

Fasst man die Lohnerhöhung und die Verkürzung der Arbeitszeit zusammen, so ergibt sich für die Beteiligten ein eminenter Fortschritt. Hier erweist sich, dass die Organisation die beste Sparkasse ist und dass die Beiträge mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden.

Ohne Streik wurden in 19 Orten die Forderungen durchgesetzt. Zu Streiks kam es in den Orten: Aussig (Schiffszimmerer des Elbetales), Gleisdorf, Gloggnitz, Mödling, Neunkirchen, Perchtoldsdorf, Salzburg (Aussperrung), Breitenstein, Traiskirchen, Klein-Weitendorf, Wischau, Wien (Firma Otto), Seebenstein, Reichenberg (Tuchfabrik), Pottenstein, Guntramsdorf, Kratzau (Fabrik), Eger, Jaromer, Stockerau und Schottwien.

In Streik standen insgesamt 1194 Zimmerer in 10 294 Streiktage.

Die Kosten der Streiks beliefen sich insgesamt auf K 8475,87.

Es ist dies die Arbeit eines halben Jahres, und jedermann muss zugeben, dass hier kolossale Vorteile für die Mitglieder errungen wurden. Die Kraft der Organisation hat sich erwiesen. Selbstbewusstsein und Vertrauen in die eigene Kraft ist in die Köpfe der Zimmerer eingedrungen und das gibt uns Hoffnung für die Zukunft. Nicht mehr können die Unternehmer überall selbstherrlich dekretieren und sie müssen sich dazu bequemen, anzuerkennen, dass auch der Arbeiter ein Recht hat, in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Wort dreinzureden. Die Macht der Organisation muss von den Unternehmern anerkannt werden. Der Arbeiter ist kein willenloses Ausbeutungsobjekt mehr, sondern klassenbewusst strebt er die Verbesserung seiner Lage an.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen der Gewerkschaften.

#### 3. Gau (Schlesien).

#### Bericht über das erste Halbjahr 1907.

Die Entwicklung unseres Gaus zeigen nachstehende Zahlen an. Am Schlusse des zweiten Quartals 1905 betrug die Mitgliederzahl 1911, am Schlusse des gleichen Quartals 1906 2287 und am Schlusse des ersten Halbjahrs 1907 2658. Wenn diese Zahlen nur auch im allgemeinen ein langsames Vordringen erkennen lassen, so dürfte doch die Tatsache feststehen, daß, wenn in allen Orten des Gaus eine intensivere Agitation entfaltet worden wäre, ein größerer Fortschritt sich hätte erzielen lassen. Wohl sind die größeren Städte und Orte im Gau durchweg der Organisation angeschlossen, aber in der nächsten und weiteren Umgebung der Bahnhöfe gibt es noch ein reiches Feld zu bearbeiten. Das ist allerdings eine mühseligere Arbeit, als es die Agitation in den Städten ist, aber trotzdem dürfen wir davor nicht zurückschrecken. Nicht unberücksichtigt soll bleiben, daß der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe in Schlesien im ersten Halbjahr 1907 einen sehr ungünstigen Stand aufwies. So z. B. waren in den Orten Hirschberg, Langenbielau, Peterswaldau, Reichenbach, Waldenburg, Salzbrunn und Breslau während der Hochkonjunktur arbeitslose Mitglieder vorhanden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte in Breslau und Hirschberg der kommende Winter eine starke Arbeitslosigkeit bringen.

34 Bahnhöfe zählt der Gau. Wenn in allen Bahnhöfen, bevor der heurige Bauommer seinem Ende entgegengeht, nochmals alle Kräfte für die Agitation eingesetzt werden, dürfte noch manches Mitglied dem Verbandszugeführt werden. Am Schlusse des zweiten Quartals arbeiteten in Breslau aus 16 auswärtigen Bahnhöfen insgesamt 155 Mitglieder. Wiederholt mußten Klagen auf Zahlung von rückständigem Lohne anhängig gemacht werden, wobei sehr häufig die Mitglieder ihres Lohnes verlustig gingen, weil eine Pfändung fruchtlos verlief. Die Lehrlingszuchterei steht im ganzen Bezirk in hoher Blüte; in mehreren Orten sind die Handwerkskammern um Abstellung der Uebelstände erjucht worden. Durch die Lehrlingszuchterei



auf dem Plage von Oswald Karl wird in dieser Beziehung noch arg gefündigt, trotzdem die betreffenden Kameraden schon wiederholt ersucht worden sind, von ihrem Treiben abzulassen und sich nach dem Verträge zu richten. Das ist ein arger Mißstand, der um so unangenehmer empfunden wird, als er schließlich dahin führen kann, daß nach und nach der ganze Vertrag wieder illusorisch wird. Darin sind sich aber doch alle Kameraden einig, daß der, wenn auch mit geringen Opfern erzielte Erfolg nicht einfach wieder preisgegeben werden darf. Mögen sich deshalb alle diejenigen, die noch forgesetzt gegen den Tarif sündigen, einmal darüber klar werden, daß ihre Handlungsweise von unberechenbaren Folgen sein kann, und es deshalb gut ist, wenn sie recht bald ihren Widerstand aufgeben und an der Aufrechthaltung der eben erst geschaffenen geordneten Verhältnisse mitwirken.

**Dresden.** Eine öffentliche Zimmererverversammlung des Bezirks 9, Mitgliedschaft Dresden, tagte am 30. August im „Kaffergarten“ zu Wühlau. Kamerad Bösch behandelte zunächst das Programm unserer Organisation und ging sodann zum ersten Punkt der Tagesordnung über: „Lohnkämpfe im Baugewerbe, ihre Ursachen und Wirkungen“. Redner schilderte in ausführlicher Weise, wie gegen die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung ihrer Lage, im besonderen auf Arbeitszeitverkürzung, die Unternehmer fortgesetzt Sturm laufen. An der Hand zahlreicher Materials beleuchtete er die Praxis der Behörden und der Regierung gegen die freien Gewerkschafter, und forderte zum Schluß die Anwesenden zu reger Agitation auf. Im zweiten Punkt: „Gewerkschaftliche Angelegenheiten“, besprach Redner die erfreuliche Entwicklung unserer Organisation, deren Leistungen und Erfolge, und schilderte Zweck und Notwendigkeit der Unterstützungsvereinigungen. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. Nach Regelung einiger örtlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

**Überwalde.** Am 17. August fand im Restaurant „Zur Mühle“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung berichtete der Kartelldelegierte vom Gewerkschaftskartell und machte die Kameraden auf das Gewerkschaftsfest aufmerksam, zu dem in diesem Jahre viele Veranstaltungen getroffen seien, um jedem gerecht zu werden. Der Eintrittspreis beträgt 30 Mark. Weiter fand vom Kartell Sammellisten für die ausgesperrten Giebener Tabakarbeiter an die Gewerkschaften ausgegeben. Eine lebhaft diskutierte Zeitigte die Abrechnung vom Stiftungsfest, die der Kassierer der Versammlung bekannt gab. Hätte auch zum Teil das schlechte Wetter Schuld an dem schwachen Besuch gehabt, so seien viele Mitglieder aber auch aus Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit dem Fest ferngeblieben. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde angeregt, daß die Kameraden, die außerhalb Arbeit suchen müssen, Berlin meiden möchten des Lohnkampfes wegen. O. Plumann berichtete als Mitglied der Bauarbeiter-Schutzkommission noch über den Unfall eines Malers beim Schulhausneubau. Der Verunglückte sei mit einigen Hautabschürfungen davon gekommen. Die Schuld sei ihm selber zuzuschreiben, da er sehr fahrlässig gehandelt habe.

**Reibberg.** In einer Besprechung der hiesigen Zimmerer, die am 25. August stattfand, wurde angeregt, daß von einem Teil der hier beschäftigten Kameraden die zehneinhalbtägige Arbeitszeit nicht eingehalten, sondern länger gearbeitet werde. Dadurch werde unter den Kameraden Zwietracht gesät. Jeder müsse darauf achten, daß die Vereinbarungen hochgehalten würden. Um dem Längerarbeiten zu begegnen, einigte man sich dahin, daß alle Kameraden, die die zehneinhalbtägige Arbeitszeit überschreiten, pro Ueberstunde 40 Mark an die Lokalkasse abzuführen haben.

**Hamburg und Umgegend.** Zahlstellenversammlung am 22. August im Gewerkschaftshaus. Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden Maslow, B. 8; Köpck, B. 5 und Borepp, B. 6, in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß die frühere Zahlstelle Wandsbek nun vom Zentralvorstand, gemäß den Beschlüssen der 17. Generalversammlung, aufgelöst wurde. Nach mehreren vergeblichen Versuchen sei es nun gelungen, die Kameraden in Wandsbek, welche ihre bisherige Mitgliedschaft beibehalten wollten, zum Anschluß an die gemeinsame Zahlstelle Hamburg und Umgegend zu bewegen. Wandsbek ist nun als Bezirk 24 unserer Zahlstelle angegliedert. Leider hat sich ein Teil der ehemaligen Mitglieder von Wandsbek den Beschlüssen der Generalversammlung nicht gefügt, sondern aus Lokalpatriotismus einen Lokalverein für Wandsbek gegründet. Goffen wir, daß auch diese rechtzeitig zur Erkenntnis gelangen, daß die Geschlossenheit und Disziplin innerhalb der Organisation unbedingt notwendig ist, und daß solche Lokalorganisationen dem koalierten Unternehmertum gegenüber absolut nicht in Betracht kommen. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß am 2. Oktober im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Unterhaltungsabend stattfindet, wozu alle Mitglieder und deren Angehörige freundlichst eingeladen sind. Weiter beantragte der Vorstand, eine Reparatur der Fahne vorzunehmen zu lassen, da diese reparaturbedürftig sei. Der Kostenaufwand hierfür werde 150 bis 200 Mark betragen. Diefem Antrage wurde zugestimmt. Betreffs der Ortskrankenkassenfrage hat die Umfrage ergeben, daß die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen sich für Eintritt in die Ortskrankenkasse entschieden habe. Entsprechend der Anzahl der Mitglieder war die Beteiligung an dieser Umfrage jedoch recht mangelhaft. Der Vorstand schlug darum vor, von weiteren Maßnahmen in diesem Jahre Abstand zu nehmen und zunächst mehr Aufklärung in dieser Sache innerhalb der Mitgliedschaft zu schaffen. Diefem stimmte die Versammlung ohne Debatte zu. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab: Einnahme M 24 304,82, Ausgabe M 23 464,32; Kassenbestand M 37 610,66. Der Zahlstellenkassierer gab nähere Auskunft über die Verluste in den Bezirken 12 und 14. Beide Bezirkskassierer haben sich jedoch unter schriftlich verpflichtet, wöchentliche Abzahlungen zur Deckung des Defizits zu machen. Marxhardt kritisierte diese Angelegenheit und wünschte, daß in Zukunft eine schärfere Kontrolle der Bezirkskassierer durch den Zahlstellenkassierer eingeführt werde. Schoop, Revisor, bestätigte, daß Bücher, Belege sowie Vorbestand in bester Ordnung vorgefunden seien und beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Demgemäß beschloß die Versammlung. Zur Wieder-

aufnahme hatten sich gemeldet Neuhoff, Kowitzki und Welzer. Der Vorsitzende gab bekannt, aus welchem Grunde die Betreffenden zur Zeit keine Mitglieder sein konnten. Die Versammlung beschloß mit geringer Majorität, diese drei Kameraden wieder aufzunehmen. In Sachen Petereit contra Schuldt und Reumer lehnte die Versammlung den Vorschlag des Vorstandes auf Ausschluß der beiden letzteren ab. Der zurückgestellte Antrag vom Bezirk 8: „Bei Betonarbeiten dürfen die Zimmerer nicht länger als die übliche Zeit arbeiten; Ueberstunden sind unstatthaft“, wurde angenommen. Ein weiterer zurückgestellter Antrag desselben Bezirks: „Es ist darauf hinzuwirken, daß die Einschaltungsarbeiten hauptsächlich von Zimmerern ausgeführt werden“, wurde dadurch erledigt, daß vor Ablauf des jetzt gültigen Tarifes der Betonarbeiter mit dem Betonverein von Hamburg durch die Vorstände der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter (der Tarif läuft ab Ende März 1908) Abmachungen getroffen werden sollen, nach denen der Stundenlohn für Einschaler dem der Zimmerer gleichgestellt wird. Ein Antrag des Vorstandes: „Für die angestellten Beamten unserer Zahlstelle wird die Hälfte des Beitrages zur Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten gewährt, gemäß dem Beschlusse der 17. Generalversammlung“, wurde von Meber begründet und nach kurzer Debatte, an welcher sich Markloff, Schönfelder, Bagel und Schilling beteiligten, angenommen. Ein Antrag der Bezirke 5 und 6, dahin zu wirken, daß bei der Staatszimmerarbeit die gleiche Arbeitszeit und Lohnhöhe eingeführt wird wie bei den Privatunternehmern in Hamburg und Umgegend, kam dann zur Beratung. Der Vorsitzende Lehmann erklärte hierzu, wenn die Zimmerer vom Staatsplatz ersichtlich gewillt wären, für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei den Regierarbeiten des Hamburger Staates einzutreten, der Vorstand und die Zahlstelle dies Bestreben mit aller Energie unterstützen würden. Es scheine aber den dort beschäftigten Zimmerern weniger an der Verkürzung der Arbeitszeit gelegen zu sein, als an der Erhöhung des Stundenlohnes. Hierfür werde der Vorstand aber nicht eintreten. Bereits zweimal habe er es versucht, Verkürzung der Arbeitszeit und diesbezügliche Lohnerhöhung für die auf dem Staatszimmerplatz beschäftigten Zimmerer herbeizuführen; aber nachdem die Lohnerhöhung von der Direktion abgelehnt war, ließ man die Forderung der Arbeitszeitverkürzung ruhig außer acht. Da an demselben Abend, wo die Zahlstellenversammlung stattfand, auch eine Versammlung der Zimmerer und sonstigen Handwerker vom Staatsplatz stattfand, an welcher der zweite Vorsitzende unserer Zahlstelle teilnahm, wollte man zunächst abwarten, was diese Versammlung beschließen würde. Lehmann schlug vor, daß die Versammlung prinzipiell beschließen möge, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Staatszimmerplatz zu erreichen. Marxhardt gab näheres über die Arbeitsverhältnisse auf dem Staatsplatz bekannt und empfahl den Vorschlag des Vorstandes. Die Versammlung beschloß demgemäß. Könnfeldt fragt an, warum sein eingereichter Antrag betreffs abermaligen Ausschusses von Rosente nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt sei. Lehmann erwiderte, daß Rosente bis zur Zeit noch kein Mitglied wieder geworden und demnach der Antrag Könnfeldts als erledigt zu betrachten sei. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Dann wurde in die Beratung der Anträge zum Regulativ der Zahlstelle eingetreten. Bezirke 5 und 6 beantragten zum § 2 Abs. 1 des Regulativs, daß alle Zahlstellenfunktionäre unserem Zentralverbande ein Jahr angehören müssen. Marxhardt begründet kurz diesen Antrag; er gelange zur Annahme. Zum § 2 Abs. 3 beantragte der Vorstand und Bezirk 4 die Worte: „des ersten Vorsitzenden und ersten Kassierers“ zu streichen. Schilling beantragte, geschäftsordnungsmäßig, den nächsten Antrag des Vorstandes zu § 3 Abs. 2: „Die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes wird in Mitgliedsversammlungen vollzogen“, zu streichen. Jants begründete die Anträge des Vorstandes. An der Debatte beteiligten sich Schilling, Schulz, B. 4, Marxhardt und Lehmann. Der erste Antrag des Vorstandes wurde abgelehnt, der zweite angenommen. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit schlug der Vorsitzende vor, nun von den sonstigen vorliegenden Anträgen Abstand zu nehmen und diese in einer anderen Versammlung zu erledigen, dagegen die vorliegenden Anträge, betreffend Befreiung der kranken Kameraden vom Beitrag, zu erledigen. Die Versammlung stimmte diesem zu. Lehmann legte hierzu der Versammlung nachstehenden Antrag des Vorstandes vor und empfahl ihn zur Annahme: „Mitglieder, welche am Orte sechs Monate ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, können bei Krankheit vom Beitrag auf Kosten der Lokalkasse befreit werden. Die Befreiung gilt vom ersten Tage der Erkrankung, sobald ein Mitglied länger als drei Tage krank ist, bis auf die Dauer von 40 Wochen. Bei länger als 40 Wochen dauernder Krankheit entscheidet der Vorstand von Fall zu Fall, ob noch weitere Beitragsbefreiung auf Kosten der Lokalkasse gewährt wird. Zur Begründung dieses Antrages führt Lehmann an, daß nach der Fassung des alten Statuts kranke Mitglieder überhaupt beitragsfrei waren. Nachdem jedoch die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands eingeführt wurde, seien Kameraden infolge ihrer Krankheitswochen, weil dafür keine Marken gestellt wurden, im Genuß der Arbeitslosenunterstützung beeinträchtigt worden. Auf Grund der hierzu eingegangenen Anträge habe die 17. Generalversammlung beschlossen, daß die kranken Kameraden in unserer Lohnklasse einen Beitrag von 15 Mark pro Woche zu leisten hätten, um dadurch bezüglich der Arbeitslosenunterstützung voll bezugsberechtigt zu sein. Wenn nun auch Kameraden, welche einige Wochen krank seien, die 15 Mark pro Woche leisten könnten, so sei dies doch für Kameraden, welche längere Zeit krank seien, immerhin eine Ausgabe; es müsse versucht werden, hierfür einen Ausgleich zu schaffen. Auf Grund unserer Arbeitslosen- und Krankenstatistik hatten wir in den Jahren 1903, 1904 und 1905 durchschnittlich 11 041 Krankentage, gleich 1840 Wochen. Der Beitrag von 15 Mark pro Woche für diese 1840 Wochen ergebe eine Ausgabe für die Lokalkasse von M 276. Die Lokalkasse werde dadurch nicht erheblich belastet, aber unseren kranken Kameraden zeigten wir dadurch entgegenkommen. Der Antrag des Vorstandes fand ohne Debatte einstimmige Annahme. Hierauf wurde die Versammlung vertagt. Von 112 Zahlstellenfunktionären waren 88 an-

wesend. Entschuldigt fehlten Wulff, Betske, Schütter, Schmüser, Bojens, Rod; unentschuldigt Schröter, Holst, Dörnbrock, Hornschuh, Leibniz, Kemmler, Raade, Hennings, Perst, Stöbe, Immig, Huber, Blunt, John, Stamer, Mohr, Hauschildt und Schildt. Am 22. August fand die Fortsetzung bei Springborn statt. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Budow, B. 22, in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß er kürzlich von dem Vorstand der Innung zwecks Schlichtung einer Differenz (Nichtzahlung des Ausschlags für Arbeiten über Wasser) nach der betreffenden Arbeitsstelle geladen wurde. Die Sache wurde zu unseren Gunsten geregelt. Auf Ersuchen der dort anwesenden Herren vom Vorstand der Innung sei unseren Mitgliedern mitzuteilen, daß bei Arbeiten über Wasser, also nicht direkt bei Mauer- und Fundierungsarbeiten, sondern bei Hochbauten, Brücken und dergleichen, die Zimmerer in erster Linie eine dicke Abdeckung herstellen sollen, und daß selbstverständlich der Unternehmer hierzu genügend Abdeckungsmaterial zur Verfügung stellen müsse. Sollten Unternehmer dies verweigern, so sei sofort Mitteilung zu machen. Die Zahlstellenfunktionäre sollen alle Mitglieder ihres Bezirks hiervon in Kenntnis setzen. Dann wurde in die Beratung der noch nicht erledigten Anträge zum Regulativ, zur Geschäftsordnung usw. eingetreten. Die Anträge zu § 3 Abs. 3 und 5 wurden noch einmal diskutiert. Schumann ist gegen die Aenderung, da der bisherige Wortlaut vollständig genüge. Mehrere Redner sprachen für Annahme. Schilling beantragte: „Beschlüsse der Obmännertkonferenz sind für alle Teilnehmer bindend.“ Diese Anträge werden angenommen. Bezirk 4 beantragte: „Dem Zahlstellenkassierer steht das Recht zu, die Bezirkskassierer einmal monatlich zu revidieren. Kameraden, welche den Posten eines Bezirkskassierers annehmen, verpflichten sich, dem Zahlstellenkassierer Eintritt in ihre Wohnung und Einsicht in ihre Bücher zu gestatten.“ Könnfeldt begründete diesen Antrag und ersuchte um Annahme, um dadurch eventuell Verlust in den Bezirken vorzubeugen. Behnen hielt diesen Antrag für überflüssig, da solche Rechte dem Zahlstellenkassierer schon zustehen, beantragte aber, daß die Kassierer allmonatlich bei Ablieferung der Gelder ihren Markenbestand mit vorzulegen haben. Der Antrag Behnen wurde angenommen; ebenfalls der Antrag vom Bezirk 4. Darauf wurde in die Beratung der Anträge zur Geschäftsordnung der Zahlstellenversammlung eingetreten. Bezirk 4 beantragte, zu § 1 Abs. 1: „Die Wahl des Vorstandes muß bis zum 15. Januar erledigt sein; das Geschäftsjahr schließt mit dem 1. Oktober eines jeden Jahres ab.“ Der Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag des Vorstandes zu § 10: „Die Worte, „nachdem nach Aufforderung des Vorsitzenden Vertreter der Bezirke, die noch nicht gesprochen, sich nicht mehr zu äußern wünschen,“ zu streichen“, wurde angenommen; abgelehnt wurde der Antrag vom Bezirk 15 zum Anhang, Abs. 2, die Worte: „wenn zwei Drittel der Funktionäre anwesend sind“, zu streichen. Bezirk 2 und 8 zum Anhang, Abs. 3, anstatt „können ihres Amtes enthoben werden“ zu setzen: „sind ihres Amtes enthoben, wenn sie zweimal hintereinander in den Zahlstellenversammlungen unentschuldig gefehlt haben,“ wurde angenommen. Zur Instruktion für die Bezirksführer beantragt Bezirk 4, in Absatz e den ersten Satz zu streichen. Es wurde so beschlossen. Ebenfalls wurde der Antrag vom Bezirk 4, in Absatz g die Worte: „der Kassengehäufte“ zu streichen, angenommen. Zur Geschäftsweisung für die Bezirkskassierer wurde folgender Antrag des Vorstandes, welchen Lehmann begründete, angenommen: „Alle An- und Ummeldungen von und nach auswärts erfolgen nur im Bureau (ausschließlich Hamburg). Verzieht ein Mitglied nach einem anderen Bezirk, so hat es sich bei seinem bisherigen Bezirkskassierer abzumelden und beim Kassierer des Bezirks seines neuen Wohnortes wieder anzumelden. Derartige Ummeldungen können auch im Bureau geschehen; die betreffenden Kassierer erhalten davon Mitteilung.“ Ein hierzu vorliegender Antrag vom Bezirk 13 ist dadurch erledigt. Zum Absatz „Beiträge“ beantragt Bezirk 4: „Jedes Mitglied hat dem Bezirk anzugehören, in dem es wohnt“, wurde angenommen. Ein Antrag: „Befreiung vom Beitrag“, vom Bezirk 1 wurde abgelehnt. Zu „Pflichten der Kollektoren“ beantragten die Bezirke 2 und 8, daß die Kassierer statt wie bisher monatlich, alle 14 Tage die einfickierten Gelder abzuliefern haben. Der Antrag wurde angenommen. Zum Fahnenregulativ lagen Anträge von den Bezirken 2, 3, 4 und 13 vor, welche auf eine bessere Beteiligung bei Beerdigungen verstorbenen Kameraden Bezug nahmen. Diese Anträge wurden dem Vorstand resp. der Obmännertkonferenz überwiesen. Darauf Schluß der Versammlung 11½ Uhr. Von 110 Funktionären waren 72 anwesend. Entschuldigt fehlten: Schröter, Schütter, Beierkarre, Schaar, Schönfelder, Schweiß, Hennings, Schwarten, Hering, Sperling, John, Blod, Schildt; unentschuldig: Koblitz, Lauenstein, Wulff, Söder, Dörnbrock, Hornschuh, Bagel, Petereit, Leibniz, Markloff, Perst, Lange, Christianfen, Immig, Stamer, Maß, Meyer, Bezirk 22, Mohr, Seider und Hauschildt. **Jaure.** Am 25. August tagte hier unsere Mitgliederversammlung. Kamerad Schmidt-Dreslau sprach über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte und unterzog dann das Verhalten des bisherigen Vorsitzenden Karl Habide einer scharfen Kritik. Nicht genug, daß er selbst anderen Kameraden, die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpften, in den Rücken fallen wollte, habe er noch versucht, andere hiesige Kameraden zu dieser verwerflichen Tat zu verleiten. Die betreffenden Kameraden meldeten sich in der Versammlung und erklärten, daß sie für eine solche Tat nicht zu haben seien, obgleich er ihnen hätte M 10 Vorschuß angeboten. Er habe jetzt jedoch die Folgen seiner Handlungsweise zu tragen. Hierauf mußte eine Ertragswahl vorgehen werden. Auch für den Kassierer, der, weil er außerhalb arbeite, seinen Posten abzugeben gezwungen ist, fand eine Neuwahl statt. Der bisherige Kassierer wurde zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Nachdem Kamerad Schmidt noch aufmunternde Worte an die Versammlung gerichtet hatte, erfolgte Schluß der Versammlung. **Königsbütte.** Eine gut besuchte Zimmererverversammlung fand hier am 27. August statt. Die Abrechnung vom





